

Erklärung von Vigo

verabschiedet in der Sitzung des EMB-Sektorausschusses Schiffbau
am 20. Mai 2010 in Vigo, Spanien

Der EMB fordert von Europäischer Kommission und dem EU-Wettbewerbsrat: „Ein europäisches Sofortprogramm zur Rettung des Schiffbaus in Europa!“

In seiner Sitzung am 25./26. Juni 2009 in Berlin hat der Sektorausschuss Schiffbau des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB) eine gemeinsame „Berliner Erklärung: **Entlassungen verhindern, Wettbewerbsfähigkeit sichern, neue Märkte erschließen**“ verabschiedet. Darin fordern die EMB-Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter eine gemeinsame europäische Strategie zur Überwindung der Schiffbaukrise.

Im Nachgang und als Reaktion auf die Initiative des EMB und anderer Interessenvertreter fanden eine Reihe von Maßnahmen auf Ebene der Europäischen Kommission (neues LeaderSHIP-Programm), der europäischen Schiffbauregionen und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses statt. Trotz dieser Initiativen sieht der EMB-Schiffbauausschuss bisher keine abgestimmte europäische industriepolitische Initiative von Seiten der politisch Verantwortlichen, um einen substanziellen Kern von Werften und Zulieferern sowie Beschäftigung in diesem Zukunftsektor zu erhalten.

Angesichts der existenziellen Krise im Schiffbau und angesichts anhaltender Entlassungen auf den Werften (**42.000 Entlassungen seit 2008!**) fürchtet der EMB um die Existenz des Schiffbaus in Europa. Während ihrer Tagung am 20. und 21. Mai 2010 in Vigo, Spanien fordern Gewerkschafter aus den europäischen Schiffbaunationen die Europäische Kommission und die im EU-Wettbewerbsrat vertretenen Mitgliedstaaten auf, unverzüglich ein **europäisches Sofortprogramm** zur Rettung des Schiffbaus in Europa auf den Weg zu bringen.

Dieses Sofortprogramm muss fünf Komponenten beinhalten:

1. Nachfragestimulierung
2. Sicherung der Schiffsfinanzierung
3. Innovation und Umweltschutz
4. Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen
5. Beschäftigung sichern, Deindustrialisierung verhindern

Auch wenn in vielen anderen industriellen Branchen durch das Anziehen der Konjunktur eine Entspannung der Situation festzustellen ist, so kann dies für den maritimen Sektor nicht festgestellt werden. Die gegenwärtige Situation im weltweiten Schiffbaumarkt ist weiterhin von einem massiven Nachfrageeinbruch (um 80%), Wettbewerbsverzerrungen aufgrund staatlicher Eingriffe (insbesondere durch milliardenschwere Hilfsprogramme in China und Korea) sowie von wachsenden Überkapazitäten geprägt. Der EMB unterstreicht hierbei, dass Europa nicht zum Anstieg dieser Überkapazitäten beigetragen hat, sondern dass diese der staatlich subventionierten Kapazitätsausweitung in Asien zuzuschreiben sind.

EUROPÄISCHES SOFORTPROGRAMM

Der EMB fordert die Europäische Kommission und den Wettbewerbsrat deshalb mit Nachdruck auf, ein europäisches Sofortprogramm zur Rettung des Schiffbaus in Europa zu beschließen:

1. Nachfrage generieren

Der Europäische Metallgewerkschaftsbund schlägt vor, dass Schiffe der europäischen Flotte, die älter als 30 Jahre sind und nur mit speziellen Sondergenehmigungen fahren dürfen, aus dem Verkehr gezogen und durch Neubauten ersetzt werden. Nach Auffassung des EMB können damit folgende Effekte erzielt werden:

- die Generierung neuer Aufträge für Werften und maritime Zulieferer in Europa, sofern sichergestellt ist, dass diese Aufträge in Europa akquiriert werden
- signifikante und unmittelbare Reduzierung der Schadstoffemissionen
- die Förderung von innovativen, sauberen und sicheren Technologien im Schiffbau
- die Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere hinsichtlich der Transporteffizienz

2. Schiffsfinanzierung sichern

Die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise ausgelöste Kreditklemme hat das chronische Problem der Schiffsfinanzierung in Europa nur noch verstärkt. Es scheint, dass sich die Banken in den EU-Mitgliedsstaaten nun vollends aus dem Geschäft der Schiffsfinanzierung zurückziehen.

Der EMB fordert daher

- die Sicherung der nationalen Finanz- und Bürgschaftssysteme für den Schiffbau in den EU-Mitgliedsländern
- dass die EU-Mitgliedsstaaten dringend auf die Europäische Investmentbank einwirken, die Einrichtung eines europäischen Finanz- und Bürgschaftsinstruments voranzutreiben
- dass Europäische Banken die Finanzierung von maritimer Technologie als Kerngeschäft betrachten

3. Umweltschutz und Innovation

Der EMB fordert vom Ministerrat und der Kommission strategische, gesetzliche und finanzielle Anreize, damit Reeder umweltfreundliche und energieeffiziente Schiffe in Auftrag geben und die europäische maritime Industrie ihr Know-how in diesem Bereich einbringen und ausbauen kann. Der EMB schlägt u.a. folgende Maßnahmen vor:

- Schiffssteuern müssen an die Umweltbilanz von Schiffen gekoppelt werden

- Einrichtung eines Förderprogramms zur Abwrackung oder Umrüstung alter umweltschädlicher Schiffe unter Beachtung zertifizierter Abwracknormen (IMO-Normen)
- Ausweitung von SECA/ECA-Gebieten auf alle EU-Küsten. Aktuelle Versuche, die Umsetzung von SECA/ECA Gebieten zu behindern, müssen vehement verhindert werden!
- Reeder und Schiffsbetreiber müssen für durch sie verursachte Umweltschäden zur Verantwortung gezogen werden.

Werften müssen systematisch **neue, zusätzliche Arbeits- und Innovationsfelder** als Alternativen zu dem durch Überkapazität geprägten Schiffbaumarkt erschließen. Große Chancen liegen u.a. im Bereich der Meerestechnik und im Bereich der On- und Offshoreindustrie. Dabei geht es nicht um den Ausstieg aus dem Schiffbau, sondern um die Weiterentwicklung der industriellen Struktur in der Schiffbau- und angrenzenden maritimen Zuliefererindustrie hinsichtlich der Offshore-Windenergie als Zukunftsfeld. Dies umfasst sowohl neue Schiffsprodukte als auch Produkte jenseits des Baus von Schiffen und birgt neue Anforderungen an die Werften und die Zulieferindustrie.

Der EMB regt an, hier ein europäisches Projekt zu initiieren und einen eigenen Beitrag zur Erschließung neuer industrieller Konzepte auf den Weg zu bringen.

Die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Schiffbauindustrie hängt von ihrer **Innovationsfähigkeit** ab. Deshalb ist die Industrie aufgefordert, angesichts der Krise antizyklisch zu handeln. Aktivitäten und Investitionen im Bereich von Forschung, Entwicklung und Innovation müssen deutlich intensiviert und die Förderung von Nachwuchskräften verstärkt werden.

Das bisherige Programm von Innovationsbeihilfen muss nach Auffassung des EMB ausgebaut werden. Innovationsbeihilfen müssen auftragsunabhängig vergeben werden, wenn anstehende Innovationen die Umwelt- und Energiebilanz des Schiffes nachweislich verbessern. Gerade angesichts der Krisenentwicklung müssen befristete Innovationsbeihilfen signifikant erhöht werden. Die Offshoreindustrie ist nach Auffassung des EMB in das Programm einzubeziehen.

4. Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen

Die Herstellung fairer weltweiter Wettbewerbsbedingungen ist unabdingbar für den EMB, jedoch müssen die Erfolgsaussichten für den Abschluss eines OECD-Schiffbauabkommens bezweifelt werden.

Er fordert die EU-Kommission deshalb auf, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen, um faire globale Wettbewerbsbedingungen durchzusetzen. Der EMB fordert den Ministerrat und die Kommission auf, die Prüfung von Handelsmaßnahmen gegen unfaire Wettbewerbsmaßnahmen asiatischer Staaten unverzüglich zu einzuleiten.

5. Beschäftigung sichern, Deindustrialisierung verhindern

Seit 2008 haben 42.000 Schiffbauerinnen und Schiffbauer ihren Job auf den Werften verloren. Auch für das Jahr 2010 sind über 20.000 Arbeitsplätze bedroht. Die

Zuliefererindustrie ist ebenso von Arbeitsplatzverlusten betroffen und plant zudem Produktionsverlagerungen nach Asien. Mit dem Verschwinden des Schiffbaus ist in ganzen Regionen und Ländern Europas ein industrielles Standbein weggebrochen, z.B. in Polen und Malta. Eine Deindustrialisierung ganzer Regionen vollzieht sich ohne die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen. Der EMB fordert unverzügliches Handeln aller relevanten Akteure in Europa, um einen wichtigen industriellen Sektor in Europa zu erhalten!

Weiterhin fordert der EMB die Industrie und die EU-Mitgliedstaaten auf, beschäftigungssichernde Maßnahmen einzuführen oder fortzuführen und die europäischen Fonds zur Vermeidung von Entlassungen, zur arbeitsmarktpolitischen Flankierung und zur Qualifizierung von Arbeitnehmern zu nutzen.

AH, 20. Mai 2010